



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

γ.: Aus Schwaben.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

ständigkeit überhaupt einen Sinn hat, so kann es nur den haben, die Stellung der Schleswig-Holsteiner zu Preußen für die Zukunft nach Möglichkeit zu vergiften. Man sollte meinen, selbst vom legitimistischen Standpunkte hätte sich ein ernstes Mahnwort diesem selbstmörderischen Treiben gegenüber rechtfertigen lassen, und es ist die Frage, ob ein solches Mahnwort, an der rechten Stelle in der rechten Weise im Namen einer im Lande so geachteten Corporation wie die Kieler Universität gesprochen, unbeachtet verhallt wäre. Es sollte nicht so kommen: die Universität hat es vorgezogen, in brüderlicher Eintracht mit den schleswig-holsteinischen und den Kampfgenossenvereinen für den augustin-burgischen Mechanismus zu arbeiten! Wir wissen nicht, ob ihre Mitglieder wirklich lauter particularistische Fanatiker sind; die es nicht sind, werden dem Vorwurfe schwer entgehen, daß sie socialen Rücksichten oder einem Corporationsdünkel, der lieber eine schlechte als gar keine Rolle spielt, ihre bessere Ueberzeugung geopfert haben und mit dem Strom geschwommen sind. Verhält es sich anders, ist der Druck der Festrede nur aus Schonung gegen den eigenmächtigen Veranstalter der Festfeier beschlossen worden, nun so versäume die Kieler Universität die Gelegenheit nicht, es bei ihrer demnächst bevorstehenden 200jährigen Stiftungsfest zu zeigen, der ersten, die sie auf freiem deutschen Boden begehen wird! Möge sie in feierlicher Weise es aussprechen, daß sie der hohen Bedeutung dieses Umstandes sich dankbar bewußt ist, möge sie Zeugniß ablegen von ihrem Verufe, ein Hort deutschen Geisteslebens im Norden zu sein, möge sie vor allem jene schmählige Erniedrigung, welche die Festrede Peter Forchhammers ihr angedeihen hat, Hüterin zu sein des kläglichsten Particularismus, möge sie diese offen und entschieden von sich weisen! —

Aus Schwaben.

Ende Juli.

Längere Zeit haben Sie keinen politischen Bericht aus unserm *angulus terrarum* erhalten. Was hier vorgeht, kann im kleinen Kreise gut und nützlich sein, für die draußen Stehenden hat es wenig zu bedeuten. Wo dann gleichwohl ein Streben nach Größerem hervortritt, ist es selten erfreulich, sofern es doch nur das Mißverhältniß von Wollen und Können ans Licht stellt, am allermeisten dann, wenn die handelnden Personen selbst dieses Mißverhältniß nicht in Rechnung gezogen haben. Sie werden es dem Localpatriotismus Ihres Berichterstatters zu Gut halten, daß er sich in Schweigen hüllte, als die württembergische Kammer ihre berühmte That-

resolution faßte. Man durfte hoffen, daß das große Wort, welches sie damals gelassen aussprach, in Kurzem vergessen und zu den übrigen gelegt sein werde, und in der That hat die Erfahrung gezeigt, daß die Bewegung, welche in jener Zeit in unserer Armee stattfand, keineswegs kriegerischen Ursprungs war, sondern rein ästhetische Motive hatte. Unsere Landesverteidiger wurden nach reiflichen Beratungen an Allerhöchster Stelle mit einer kleidsamen Uniform bedacht, dies war alles.

Die Volksvertreter hatten es ja auch gar nicht so schlimm gemeint. Was sie wollten, war eine einfache Rechtsverwahrung aussprechen, ihre juridische Ueberzeugung salbiren, und wenn der Ausdruck dieser Manifestation etwas ungeschickt herauskam, nun, wer wird denn die Worte so zudringlich auf die Waagschale legen! Hatten sie doch selbst ungern genug sich zu dem entschlossen, was sie nun einmal für ihre Pflicht hielten, und dessen Eindruck auf die Mitwelt ihnen kaum zweifelhaft sein konnte. Froh, eines peinlichen Geschäfts entledigt zu sein, enthielten sie sich denn auch, später wieder Nachfrage zu halten, wie denn die Regierung ihrer Aufforderung zur That nachgekommen sei. Jetzt ist die Session ihrer sechsmonatlichen Dauer müde, die Sommerhitze beginnt die Sitzreihen zu entvölkern, die dringendsten Geschäfte aber und der langsam reisende Etat nehmen immerhin noch einige Wochen in Anspruch, und so wird die Kammer wohl keine Gelegenheit mehr aufsuchen, sich mit einer Sache zu beschäftigen, welche nur jedesmal aufs Neue die Unmacht der kleineren Staaten, d. h. des staatlich nicht organisirten Deutschlands illustriert.

Uebrigens ist unser Etat unerwartet noch mit einem kleinen Andenken an den schleswig-holsteinischen Krieg bedacht worden, so unschuldig wir auch an der Eroberung der Düppler Schanzen und der Einnahme Alsen's sind. Die Regierung brachte nämlich den Antrag ein, die Apanage für den Herzog Wilhelm von Württemberg, der im Dienste des Hauses Habsburg in den italienischen Feldzügen sich auszeichnete und im vorigen Jahr als Oberst des Regiments Belgien bei Deversee verwundet wurde, namhaft zu erhöhen. Man hatte für diese Ergänz. auch einen juridischen Grund aufzufinden versucht. Der Herzog war nämlich zur Zeit als im Jahre 1828 ein neues Gesetz die Apanagen für die von da auf die Welt kommenden Prinzen sparsamer regelte, zwar noch nicht geboren, aber doch in hohem Grad nasciturus. Es fehlten nur wenige Wochen, so wäre des Prinzen Gehalt noch nach dem älteren günstigeren Gesetze zu bemessen gewesen. Indessen konnte die Regierung selbst auf die Rechtsfrage kein ernsthaftes Gewicht legen; um so mehr appellirte sie an das Billigkeitsgefühl, welches verlange, daß dem verdienten General, der durch das zufällige Datum seiner Geburtsstunde so eigenthümlich verkürzt sei, ermöglicht werde, standesgemäß zu leben und eintretendenfalls sich ebenbürtig zu vermählen. Ganz besonders aber appellirte sie an die stets bewährten patriotischen Gesinnungen der Stände, sie beschwor die Anhänglichkeit an das angestammte Fürstenhaus, dessen Großthaten auch auf die Heimath einen erlauchten Schimmer zurückwerfen, sie erinnerte an die Thaten seines Vaters, des Helden von Kulm und Bachau, und sprach von einer Ehrenschild des Landes gegen das um Deutschland so verdiente Mitglied des württembergischen Herrscherhauses. Da es sich nicht etwa um eine Dankadresse, sondern um eine reelle Etatsposition handelte, so konnte es nicht fehlen, daß in der Kammer hiergegen sehr nüchterne Erwägungen sich geltend machten.

Man prüfte die rechtliche Verpflichtung die man verneinen mußte, die That von Deversee schien nicht hervorragend genug, um einen außerordentlichen Act der Erkenntlichkeit zu rechtfertigen, und die Unverbesserlichen, kalt gegen die beweglichen Gründe der Minister und Ministeriellen, beleuchteten die patriarchalische Anschauung, welche aus der Vorlage der Regierung sprach, und fügten hinzu, wenn der Herzog in östreichischen Diensten Außerordentliches geleistet, so sei es ja wohl an Oestreich, ihn außerordentlich zu belohnen. Allein nach hitzigem Gesecht erwies sich die Anhänglichkeit an die Angestammten und der Glanz des Tages von Deversee, wohl auch die unbestrittene persönliche Tüchtigkeit und Liebenswürdigkeit des Prinzen, über welche im Foyer der Kammer anmuthige Anekdoten vertraulich in Umlauf gesetzt worden waren, mächtiger als jene ökonomisch-kritischen Bedenken. Die Erhöhung der Apanage wurde beschloffen, freilich nur mit winziger Mehrheit und auch dann nicht in dem von der Regierung gewünschten Betrag.

Es war dies nicht das einzige Mal, daß die Regierung unerwartet einen Sieg erfocht. Damals als der Landtag gewählt wurde, ergab die Abzählung der Stimmen unstreitig ein Uebergewicht der Linken. Aber man muß gestehen, daß diese sogenannte Kammermehrheit nicht selten großmüthig genug ist, keinen Gebrauch von ihrer numerischen Ueberlegenheit zu machen. Namentlich hat man in neuerer Zeit diese Bemerkung machen wollen, und böse Stimmen, offenbar nicht darauf bedacht, das Ansehen der Landesvertretung zu mehren, behaupten, es hänge dies mit der verbindlichen und gewinnenden Art zusammen, mit welcher Herr v. Barnbüler als Minister der Verkehrsanstalten die verschiedenen Bezirke des Landes theils mit Eisenbahnen zu erfreuen, theils inzwischen wenigstens mit gnädigen Versprechungen in dieser Beziehung zu vertrösten wußte. Die Eisenbahnen spielten während dieses Landtags eine große Rolle. Projecte häuften sich in der Presse, Deputationen in der Hauptstadt. Zwischen den Kirchtürmen nächstbenachbarter Städtchen entspann sich heftige Fehde, einzelne Landestheile waren hoch erregt von den wechselnden Gefühlen der Furcht und Hoffnung. Die Verdienste des Ministeriums um die Eisenbahnsache sind unbestreitbar. Nicht nur gelang es ihm, gestützt auf die Vorarbeiten seiner Vorgänger, endlich die lange schwebenden Anschlußverhandlungen mit Baden und Preußen glücklich zu Ende zu führen, sondern zum ersten Mal wurde, nachdem bisher viel dilettantisch herumgebaut worden war, ein umfassendes Bahnnetz für das ganze Land vorgelegt. Dieses Netz ward mit allgemeiner Genugthuung aufgenommen, in den bisher verkürzten Landestheilen steigerte sie sich zuweilen bis zum Enthusiasmus, und Hr. v. Barnbüler genoß mit Stolz die Süßigkeit einer ihm neuen Popularität. Wer in jenen Tagen die Dankresolutionen, die Dankoafte und Dankdeputationen zählte, mußte Herrn v. Barnbüler für den populärsten aller Minister halten. Und er war es. Er war es so sehr, daß bei einer heftig bestrittenen Bahnstrecke, nach einem langen publicistischen und nach hartnäckigem parlamentarischen Kampfe, der anfangs einen ganz andern Ausgang versprach, schließlich die Wünsche des Ministers siegreich ans Ziel gelangten. Ihr Berichterstatter hat kein Interesse daran, die große Streitfrage, ob Böblingen oder Leonberg wieder aufzunehmen. Der Schlachtrupf, eine Zeit lang nicht minder hitzig als einst die Losung: Sie Welf, hie Waiblingen! ist verstummt. Genug, Hr. v. Barnbüler wußte eine Bahn durchzusetzen, für welche er sich außerordentlich zu interessieren schien; denn

er hatte für den Fall einer Niederlage — unerhört in unsern parlamentarischen Annalen — mit seinem Rücktritt gedroht.

Ein auf dem Landtag angefangenes, aber voraussichtlich nicht mehr zu Ende gelangendes Werk ist die durchgreifende Revision unserer Landesverfassung. Das Verlangen nach derselben war schon in der Antwortadresse auf die Thronrede ausgesprochen, später in einem Antrag von Hölder eingehend formulirt und einem Ausschuß zur Berichterstattung übergeben worden. Offen gestanden, die öffentliche Meinung hat den Antrag mit größerer Gleichgiltigkeit aufgenommen, als man erwarten sollte. Es scheint das Gefühl allgemein zu sein, daß die Verbesserung der Einzelverfassungen zu einer Zeit, da die Gemeinsamkeit der nationalen Interessen sich immer stärker fühlbar macht, doch nur ein untergeordneter Punkt ist, eine Medizin, welche die Hauptgebrechen gar nicht trifft, eine Fühneraugenoperation, wo der ganze Organismus krankt. Wäre doch die Lage unserer Mittelstaaten in den letzten Jahren genau ebenso traurig gewesen, und wenn sie pure Ideale als Staatsverfassungen gehabt hätten. Indessen, das staatliche Leben hat nun einmal keine andere Form als diese Einzelverfassungen, und es ist begreiflich, daß man sich darin so gut als möglich einzurichten sucht. Auch ist ja, was in dieser Beziehung geschieht, nicht verloren; die Gesetzgebung wird sich im künftigen deutschen Staat nicht nach denjenigen Ländern richten, welche bis dahin am weitesten zurückgeblieben sind, und auch die vorbereitende nationale Arbeit kann, soweit die Einzelparlamente Antheil daran haben, nur gewinnen, je mehr diese zu wirklichen Organen des Volkswillens werden. Es sind bis jetzt über die hölderschen Anträge zwei Kammerbeschlüsse zu Stande gekommen, beide die Wahlen zur Abgeordnetenkammer betreffend. Der eine spricht sich für geheime Stimmabgabe aus, der andere für liberale Abänderung des Wahlgesetzes, welches bisher einzig den grundbesitzenden und je ortsbürgerlichen Theil der Bevölkerung zu diesem Act berufen, also gerade die gebildeten Classen zum großen Theil ausgeschlossen hatte. Ob die Regierung Gesetzesentwürfe in diesem Sinne einbringen wird, steht noch dahin; ob weitere Beschlüsse zu Stande kommen werden, z. B. die Entfernung der Ritter und Prälaten aus der zweiten Kammer betreffend, ist zum Mindesten höchst unwahrscheinlich geworden.

Erwähne ich ferner einen in social-politischer Beziehung nicht unwichtigen Beschluß der Kammer, durch welchen die Regierung gebeten wird, die Ehebeschränkungen, welche ein reactionäres Gesetz vom Jahr 1852 wieder einführte, und welche auf die niederen Classen bisher schwer drückten — bekanntlich gehören unsere Bevölkerungsverhältnisse seit Jahren zu den ungünstigsten innerhalb des Zollvereins —, so werde ich meine Pflicht als Chronist der letzten Monate unsers parlamentarischen Lebens so ziemlich erfüllt haben.

In neuester Zeit ist es namentlich der Handelsvertrag mit Italien, welcher Bewegung in die Gemüther gebracht hat. Diesmal sind wir nicht wie beim französischen Handelsvertrag die Letzten, welche sich rührten, die Sache ist rasch mit Eifer aufgenommen worden. Die Presse that ihre Pflicht, die Handelskammern beleuchteten eingehend die materielle Frage, in Stuttgart wurde eine Versammlung von Interessenten gehalten, an der sich eine Reihe bedeutender Firmen und Gewerbezweige beteiligte, in der Kammer wiederholte Anträge an den Minister gerichtet. Hölder hat insbesondere mit unbarmherzigen Strichen eine Politik gezeichnet, welche

um einer dynastischen Marotte willen wider den gesunden Menschenverstand sündigt und aus Ergebenheit gegen das Haus Habsburg die eigenen Landesinteressen zu schädigen im Begriff steht. Dem Hrn. v. Barnbüler ist der ganze Handel sichtlich höchst ärgerlich. Er sprach schon früher sich sehr gereizt über das verhaßte Königreich Italien aus; neuerdings war er gar nicht zu einer Antwort zu bewegen. Sind wir recht unterrichtet, so ist der Regierung, zumal sie doch von der Nothwendigkeit schließlich nachzugeben überzeugt ist, blutwenig an dem Widerstand gegen das Königreich Italien gelegen. Aber sie will sich nicht von ihren Bundesgenossen trennen, von Sachsen und zumal von Bayern, mit welchem sie schon einmal in Freud und Leid so treulich ausgeharrt hat. Von Bayern und Sachsen begreifen sich allerdings die dynastischen Motive. Aber wunderbar bleibt es doch, wie ein halbes Jahr nach Wiederherstellung des Zollvereins die damals so bitter gemwigigten Regierungen abermals einen ungleichen Kampf aufnehmen mögen, dessen Ausgang so wenig zweifelhaft ist als damals. Indessen, wenn diesen Regierungen so wenig daran liegt, daß ihre Politik den Völkern als ein Hinderniß ihrer materiellen Entwicklung erscheint, wenn sie fortfahren sich in Unternehmungen zu gefallen, welche doch nur ihre Unmacht documentiren können, so ist es ja nicht unsre Sache, uns darüber zu betrüben.

Nicht minder erfreulich ist eine andere Bemerkung. In keinem Land war seiner Zeit die Begeisterung für Oestreich in seinem Kampf gegen Italien, in keinem Land der schutzzöllnerische Widerspruch gegen das System der Handelsverträge so stark und hartnäckig als bei uns. Man konnte erwarten, beide Motive werden auch jetzt sich wieder hervordrängen und einem unbefangenen Urtheil über die Regelung der Handelsbeziehungen zu Italien Abbruch thun. Nichts von dem ist der Fall gewesen. Nicht nur ist selbstverständlich das Königreich Italien von der öffentlichen Meinung längst anerkannt, nicht nur verfolgt man mit besonderem Interesse das Schauspiel, wie dort auf den Trümmern der Particularsouveränitäten der nationale Einheitsstaat sich aufbaut und mehr und mehr consolidirt — nur eines unsrer demokratischen Blätter erwartet mit Sehnsucht den Moment, wo der Einheitsstaat wieder zerschlagen und in die bekannte Schablone eines Bundes freier Cantone umgegossen wird — sondern auch die Umpandlung der handelspolitischen Ansichten ist unter dem Eindruck der überstandenen Krise auffallend rasch vor sich gegangen. Man glaubt an eine längst vergangene Zeit zurückzudenken, wenn man sich der schutzzöllnerischen Agitation erinnert, welcher doch erst vor Jahresfrist in der mohlschen Riesenarbeit ihr letztes Denkmal *ingenti mole* aufgerichtet worden ist. Der unerbittliche Gang der Ereignisse hat den neuen Ideen rascheren und allgemeineren Eingang verschafft als jahrelange Belehrung durch Wissenschaft und Presse vermocht hätte. Noch ehe mit Ziffern in der Hand die Prophezeiungen vom Ruin der deutschen Industrie beleuchtet werden können, ist die öffentliche Meinung längst mit dem „Nationalunglück“ ausgesöhnt. Die Ueberzeugung, daß nun, nachdem der Weg der Handelsverträge betreten, die Ausdehnung dieses Systems nach allen Richtungen, und folglich die fortschreitende Annäherung an das Princip der Freiheit im Interesse des Handels wie der Industrie angestrebt werden müsse, ist die allgemeine geworden. Italien gegenüber lag freilich die Benachtheiligung der deutschen Industrie ohne den Abschluß eines Zollvertrags auf der Hand. Eifrige Gegner des französischen Handelsver-

trags von gestern stehen heute an der Spitze der Agitation für den Vertrag mit Italien.

Dies sind Resultate, die mit Freuden zu constatiren sind, und wenn hier die vollendete Thatfache Wunder gewirkt hat, so darf wohl die Hoffnung ausgesprochen werden, daß auch in der Frage Schleswig-Holsteins vollendete Thatfachen dem erst sehr schwächern beginnenden Umschwung der öffentlichen Meinung wirksam und rasch nachhelfen werden. Die Aehnlichkeit des Falls ist nicht zu verkennen. Wie damals steht das allgemeine Urtheil unter dem Zwang einer vorgefaßten Meinung, die sich in Tagen der Aufregung stürmisch aufdrängte. Eine falsche Scham zwingt hartnäckig, das alte Programm nachzusprechen und die Dinge genau ebenso anzusehn, wie sie unlängbar am 15. November 1863 lagen, heute aber nicht mehr liegen. Die bessere Einsicht, eingeschüchtert durch den Terrorismus der öffentlichen Meinung, hält zurück, und was in vertraulichem Gespräch von Hunderten zugestanden wird, ja von Anfang an zugestanden worden ist, scheut noch das unbequeme Licht der Oeffentlichkeit. Aber die Dauer dieses Terrorismus, wie geschickte Schlagworte ihm zu Gebot stehen, hat ihre Grenzen. Irren wir nicht, so ist die Gemeinde derer im Wachsen, welchen die Errichtung eines neuen Particularstaates ein zweifelhaftes Glück erscheint, und welche wenig bekümmert sein werden, wenn es Preußen gelingt, den Herzogthümerstreit anstatt nach gemüthlichen, vielmehr nach politisch-nationalen Gesichtspunkten hinauszuführen.

γ.

Notizen. Von A. C. Brehms „Illustrirtes Thierleben“ liegen uns die Schlußhefte der Abtheilung, welche die Säugethiere behandelt (28—34) und die ersten fünf Hefte der Vögel vor. Die Illustrationen sind vortrefflich, der Text ist nicht überall gleich sorgfältig geschrieben, doch können wir im Ganzen unsere frühere Empfehlung des Werkes wiederholen. — Der „Globus“ Karl Andrees, der jetzt bis zur Hälfte des achten Buchs erschienen ist, fährt fort, charakteristische und wohlausgeführte Holzschnitte zu großentheils guten geographischen Mittheilungen zu bringen, leider spuken aber darin auch noch immer der zur Monomanie gewordene Verdruß des Herausgebers über die Existenz der Yankee's und seine wunderlichen Ansichten über die schwarze Menschheit. Man darf annehmen, daß Herr Andree mit solchen Ansichten, die er sich übrigens nur durch übel gewählte Lectüre gezogen haben kann — er schreibt und predigt gegen Amerika, ohne je mit einem Fuße dort gewesen zu sein — in Deutschland ziemlich allein steht, und so ist sein Eifer mehr komischer als schädlicher Natur. — Von Meyers „Handatlas der neuesten Erdbeschreibung“ sind wieder 6 neue Hefte mit je 2 Karten erschienen und nähert sich das in Betracht seiner Wohlfeilheit und der vortrefflichen Ausführung des größten Theils der Karten empfehlenswerthe Werk nunmehr seiner Vollendung. Gegen den Herbst hin soll die Schlußlieferung ausgegeben werden. — Bei Decker in Berlin erscheint eine Ausgabe von „Friedrich Bodenstedts gesammelten Schriften“ in 12 Bänden, von denen der erste uns vorliegt.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Moriz Busch.

Verlag von F. V. Herbig. — Druck von C. E. Elbert in Leipzig.